

Stellungnahme zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses

von Stephan Marquardt (Sprecher LAG Betrieb und Gewerkschaft & Mitglied des Landesvorstandes) & Heidi Reichinnek (Landesvorsitzende) für den Landesvorstand Die LINKE. Niedersachsen

Stand: 23.4.2020

Die Linke Niedersachsen kritisiert die Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 22.04.2020, die nichts sind, als ein fauler Kompromiss und Augenwischerei.

Die Bundesregierung erklärt, dass Arbeiterinnen und Arbeiter bis zur vollen Höhe ihres eigentlichen Netto-Einkommens hinzuverdienen dürfen, sagt jedoch selbst, dass die Möglichkeiten eines entsprechenden Hinzuverdienstes in der derzeitigen Situation sehr schwer sein dürften und führt sich damit selbst vor. Es handelt sich hier zwar um eine Verbesserung, aber diese besteht nur auf dem Papier, da die Chance einen entsprechenden Job zu finden äußerst gering sind. Hinzu kommt, dass dieses Handeln den Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter, die bereits jetzt in Minijobs arbeiten oder ihr Einkommen aufstocken müssen, weiter verschärft. Immer mehr Menschen konkurrieren um die gleichen, oft schlecht bezahlten Jobs.

Die Anhebung des Kurzarbeitergeldes für Arbeiterinnen und Arbeiter, die mindestens zu 50% von Kurzarbeitergeld betroffen sind, befeuert wieder einmal die Umverteilung von unten nach oben. Während Unternehmen Soforthilfen beantragen können und somit durch Steuermittel richtigerweise vor dem Bankrott gerettet werden, sieht es bei den Arbeiterinnen und Arbeitern ganz anders aus. Erst ab dem 4. Monat soll das Nettoentgelt auf 70% (77% für Haushalte mit Kindern) und erst nach dem 7. Monat auf 80% (87% für Haushalte mit Kindern) des letzten Nettoentgeltes angehoben werden. Dies ist ein viel zu langer Zeitraum und sorgt dafür, dass Familien und Niedrigverdienerinnen und Niedrigverdiener mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur all ihre Ersparnisse aufbrauchen, sondern teilweise auch in massive finanzielle Schwierigkeiten geraten, bis sie unter diesen „Rettungsschirm“ geraten. Die Linke Niedersachsen fordert deshalb, das Kurzarbeitergeld bereits ab dem 1. Monat auf mindesten 90% des letzten Nettoeinkommens zu erhöhen, um die Arbeiterinnen und Arbeiter vor dem finanziellen Ruin zu schützen.

Ein weiterer zentraler Bereich des Koalitionsausschusses war das Thema Bildung. Aufgrund der Corona-Pandemie sind viele Schulen und Bildungseinrichtungen dazu gezwungen, zukünftig Onlinelehrpläne anzubieten und die Familien sehen sich damit konfrontiert, ihre Kinder zu Hause

unterrichten zu müssen. Hierbei rächt sich der seit Jahren vernachlässigte Ausbau in die digitale Infrastruktur, der für unzureichende Bandbreiten sorgt und Livestreams und somit die Teilnahme an Onlineunterricht nur schwer zulässt. Auch stellt dieses Vorgehen viele Familien vor erhebliche Probleme. Gerade die Haushalte, in denen bisher kein Geld für einen Internetzugang oder einen Computer vorhanden waren, sehen sich nun mit eben diesen Kosten konfrontiert. Diese nun notwendigen Ausgaben sind natürlich nicht in einem Hartz-IV-Regelsatz oder dem Kurzarbeitergeld vorgesehen und müssen woanders eingespart werden, wenn die Kinder nicht im Unterrichtsstoff zurückfallen sollen. Es bleibt auch fraglich, was Familien mit mehreren Kindern machen sollen – drei bis vier Computer anschaffen? Auch wenn die Schulen mit bis zu 500 Mio. Euro ausgestattet werden, um bedürftigen Schülerinnen und Schüler bei der Anschaffung dieser Geräte mit 150€ zu unterstützen, ist dies selbst bei gebrauchten Geräten nur mit erheblichen Zuzahlungen der Familien möglich. Die Linke Niedersachsen kritisiert hier, dass der Bund seine Verantwortung, alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich auszubilden, auf die privaten Haushalte abwälzt und besonders Familien mit geringen Einkommen unzureichend unterstützt.

Darüber hinaus ist die Frage der Finanzierung, sowohl des erhöhten Kurzarbeitergeldes als auch der Unterstützung der Schulen, bisher nicht geklärt. Die Linke Niedersachsen fordert daher, dass die kürzlich bekannt gewordene Investition von 11 Mrd. in neue Kampffjets der Bundeswehr, statt in die Rüstung zusätzlich in die Bildung und digitale Infrastruktur gesetzt werden soll, um die finanzielle Sicherheit unseres Landes und die Zukunft der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Das Geld ist besser in Bildung als in Waffen angelegt und die Corona-Krise zeigt wieder einmal, dass es besser ist, global zusammenzuarbeiten als sich bis an die Zähne zu bewaffnen. Darüber hinaus fordern wir eine sofortige Vermögensabgabe, um beispielsweise das Kurzarbeitergeld gegen zu finanzieren. Wer sich angesichts der massiven Probleme für die Bevölkerung weiterhin scheut, Superreiche zu belasten, zeigt ganz klar, wo seine Prioritäten liegen – nicht bei den Menschen in diesem Land, sondern bei den Konzernen, die fleißig Parteispenden fließen lassen. Als Linke Niedersachsen wissen wir, auf welcher Seite wir stehen!

Verfasst am 23. April von:
Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende
Stephan, Marquardt